

LANV kritisiert weitere Verzögerung der bezahlten Elternzeit

«Der nächste Akt im Trauerspiel», kommentiert LANV-Präsident Sigi Langenbahn das geplante Inkrafttreten des Gesetzes.

Seit über 20 Jahren setzt sich der Liechtensteinische ArbeitnehmerInnenverband (LANV) für eine bezahlte Elternzeit ein. «Genauso lange wird sie von der Wirtschaftslobby verhindert», meint LANV-Präsident Sigi Langenbahn. Erst mit einer EU-Richtlinie werde die Forderung verbindlich. «Obwohl schon lange bekannt, konnte die Regierung erst im Februar 2024 einen Bericht und Antrag vorlegen, der die Minimalanforderungen der EU mit angemessen bezahlter Elternzeit erfüllt», kritisiert Langenbahn

die zögerliche Umsetzung in nationales Recht. Liechtenstein hat zwar noch etwas Zeit, bis die Richtlinie ins EWR-Abkommen übernommen wird. EU-Länder hingegen mussten die Bestimmungen schon im Sommer 2022 umsetzen.

Langenbahn spart aber nicht nur mit Kritik an der Regierung, sondern wirft auch einigen Abgeordneten vor, die Umsetzung verschleppt zu haben. Er spielt damit zum einen auf die Forderung an, dass die Mutterschafts- und Vaterschaftsgelder von den Kranken-

kassen zur Familienausgleichskasse (FAK) überführt werden sollen. Zudem forderte die FBP die Erhöhung der Kinderzulagen, die ebenfalls aus der FAK finanziert werden. «Eine löbliche Forderung, aber zum falschen Zeitpunkt», findet der LANV-Präsident.

Die Regierung möchte der FAK und den Unternehmen Zeit für die Umstellung und organisatorische Abklärungen geben, weshalb sie ein Inkrafttreten auf 1. Januar 2026 vorschlägt. «Die Nachricht traf uns völlig unerwartet, hatte die Re-

gierung doch stets betont, die Elternzeit auf Januar 2025 einzuführen, komme, was wolle», betont Langenbahn. Ganz stimmt dies allerdings nicht: Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni hatte bereits während der ersten Lesung im März angekündigt, dass sich die Einführung durch die Forderungen verzögern könnte.

«Arbeitgeber bekommen die Elternzeit gratis»

Der LANV stört sich allerdings auch an der Finanzierung der bezahlten Elternzeit, die rund

10 Millionen Franken kosten dürfte, und der Vaterschaftszeit, für die 2 Millionen veranschlagt sind. Gemeinsam mit der Überführung der Mutterschaftsleistungen in Höhe von etwa 8 Millionen und der Erhöhung der Familienzulagen um 6,6 Millionen sind dies Mehrausgaben von fast 27 Millionen Franken. Diese sollen über einen Arbeitnehmerbeitrag von 0,2 Prozent des Lohns an die FAK gedeckt werden.

«Die Arbeitnehmenden tragen die Mehrkosten, während die Arbeitgeber die Elternzeit

gratis bekommen», moniert Langenbahn. Die Arbeitgeber würden sogar von der Überführung in die FAK profitieren, da sie keine Lohnfortzahlungen mehr leisten müssen.

«Die Regierung ist eingeknickt und die Zeche für diese unnötige Verschleppung zahlen nicht nur die Familien. Angesichts der Herausforderungen durch den Fachkräftemangel und die niedrige Frauenerwerbsquote wird auch der Wirtschaftsstandort Schaden nehmen», ist Langenbahn überzeugt. (df)